

ULLA PLENER

## Für eine neue Partei. Hoffnungen und Illusionen 1990

Im folgenden werden zwei Beiträge vom November und Dezember 1990 wiedergegeben, die im Rahmen der Initiativbewegung für die Erneuerung der damaligen PDS<sup>1</sup> entstanden waren. Die tragende Idee war: Partei und Bewegung/Partei in Bewegung werden ...

(I)

*PDS – Partei und Bewegung. Zu Politik- und Parteiverständnis in der Umbruchzeit*

Politik ist werteorientierte Interessenvertretung von Bürgern gegenüber dem Staat und – weiter gefasst – von Bevölkerungsteilen gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Kräften (z. B. der Arbeitnehmer gegenüber Unternehmerverbänden oder umgekehrt). Sie will Entscheidungen im Staat – und darüber hinaus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Medien, Kultur, Bildung u. a. –, jeweils von bestimmten Werten ausgehend, in einer bestimmten Richtung beeinflussen. Sie wird heute in einer Welt betrieben, die von Umbrüchen verschiedener Art und besonders davon gekennzeichnet ist, dass (neue) globale Menschheitsprobleme und, damit verbunden, gesamtgesellschaftliche Interessen sich eng mit (alten) sozialen Widersprüchen verflechten. Bei der Politik geht es heute also zum einen um Menschheitsinteressen sowie um Interessen der jeweiligen nationalen Gesellschaft als Ganzes, deren umfassendste Organisationsform heute der Staat ist. Insofern geht es um Vermittlung der Interessen zwischen »der Gesellschaft« und »dem Staat«. (Bis hierhin stimmt dieses Politikverständnis mit dem sozialdemokratischen, wie es z. B. im Berliner Grundsatzprogramm der SPD umschrieben wird, weitgehend überein.) Aber weder die menschliche Weltgemeinschaft noch die jeweiligen nationalen Gesellschaften sind einheitlich hinsichtlich der Interessenlagen; sie sind, im Gegenteil, interessensgespalten. Deshalb geht es bei der Politik zum anderen um Interessen bestimmter Klassen, Schichten, Gruppen der Bevölkerung gegenüber anderen. Und sie kann dabei, ob eingestanden oder nicht, von den gegebenen Macht- und Kräfteverhältnissen – das lehren Geschichte und Gegenwart gleichermaßen – nicht abstrahieren, im Besonderen nicht von den ökonomischen Machtverhältnissen, die die alten Gegensätze prägen. (Diesen Punkt übergeht das o. g. sozialdemokratische Politikverständnis, oder es benennt ihn nicht eindeutig.)

Die PDS lässt sich – das ist ihre Wertorientierung – vom sozialistischen Ideal leiten, dessen Inhalt in Richtung des gesellschaft-

Ulla Plener – Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von UTOPIE kreativ, darin zuletzt: Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken, Heft 195 (Januar 2007).

1 Siehe Jörn Schütrumpf: Gründerkrach. Dokumente zur Entstehung der PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 112 (Februar 2000).

lichen Fortschritts weist: Es ist das Ideal einer Gesellschaft, die human und friedlich, naturverträglich und sozial gerecht ist, in der sich jeder Mensch und alle Völker frei entfalten können. Sinn ihrer Politik ist es, diesem Ideal schrittweise näher zu kommen. Die Partei versteht sich deshalb als eine – unter vielen anderen – Vertreterin von Menschheitsinteressen. Das sind Frieden, Umweltschutz, Geschlechter- und Völkergleichstellung, Überwindung von Unterentwicklung, Unterdrückung und Ausbeutung. Sie wirkt dafür im Rahmen ihrer nationalen, von verschiedener Art Spaltung und Konfrontationen geprägten Gesellschaft. Deshalb will sie in besonders hohem Maße Interessenvertreterin der lohnarbeitenden Bürger, das heißt der Arbeitnehmer, und darüber hinaus auch anderer Werktätiger gegenüber dem Profitinteresse des Kapitals sein, sofern es zum Schaden der Menschheitsanliegen und dieser Bevölkerungsteile verfochten wird.

Bisher wurde die Interessenvertretung in den Ländern des realen, zentralistisch-bürokratischen Sozialismus auf die »führende Rolle« einer Partei reduziert, was schließlich zur Entartung aller demokratischen Anliegen führte. In kapitalistischen Gesellschaften wurde (und wird noch) die Interessenvertretung der Bürger ausschließlich von Parteien über Parlamente wahrgenommen (das parlamentarische System ist repräsentative Demokratie, Parteiendemokratie). Dieses politische System ist das heute bestimmende, das verfassungsmäßig legitimierte. Es orientiert die Parteien auf politischen Machtkampf, bei dem Interessen der Bürger oft unter die Räder geraten. Und: Es berücksichtigt nicht die aufgrund objektiver Prozesse der modernen Produktivkraftentwicklung entstandenen neuen Persönlichkeitsansprüche, die u. a. nach neuen und weitergehenden Formen der Interessenartikulation – neben den und über die Parteien hinaus – drängen. Das sind verschiedene Formen der unmittelbaren Interessenvertretung von Bürgern in- und außerhalb der Parlamente. Die PDS will diese unmittelbare Interessenvertretung mit realisieren helfen. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an das Parteiverständnis.

Diese neuen Anforderungen stoßen an eine grundlegende Schwierigkeit unserer Zeit, die sich aus der Umbruchsituation ergibt: Es ist eine Übergangszeit. Zwei für unser Thema entscheidende Aspekte ihres Übergangscharakters seien genannt:

*Erstens:* Die Gesellschaft ist immer noch vom Profitstreben dominiert, aber die globalen Probleme machen schon seine existenzgefährdenden Grenzen deutlich. Die Gefahren der vom Profitstreben ausgehenden Konfrontation – in globalem und in nationalem Rahmen – sind schon erkannt, aber es fehlen noch wirksame Instrumentarien, um sie zu bannen.

*Zweitens:* Der Parlamentarismus – die »repräsentative Demokratie« – ist noch die bestimmende Form der politischen Organisation der Gesellschaft (und bleibt es offensichtlich in absehbarer Zeit). Aber er ist schon nicht mehr ausreichend, um die Vielfalt der Interessen adäquat widerzuspiegeln und das erforderliche Mehr an unmittelbarer demokratischer Einflussnahme aller Betroffenen auf Entscheidungen in Staat und Wirtschaft zu verwirklichen.

Daraus ergeben sich die hauptsächlichen Inhalte für die Politik. Unter den gegebenen Umständen müssten es vor allem konkrete

Beiträge zur Demokratisierung des Staates (in der »Drei-« bzw. heute »Vierteilung« der Gewalten: Parlamente, Regierung/Verwaltung, Justiz, Medien) und der gesellschaftlichen Bereiche, vor allem der Wirtschaft, sein. Konkret wären es heute z. B.:

- in der Verfassungsdiskussion für die Aufnahme sozialer Rechte als Grundrechte (einschließlich Umweltproblematik, Frauen- und Ausländergleichstellung, Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt), für den Zugang von Bürgerbewegungen u. a. demokratischen Kräften, z. B. Gewerkschaften, zu Parlamenten, ihre Vorschlags- und Kontrollrechte einzutreten;

- die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln als einen Hebel der Ein- bzw. Unterordnung des Profitstrebens in/unter gesellschaftliche und Menschheitsinteressen einfordern (ohne es abschaffen zu wollen, solange der Menschheit kein anderes Prinzip für eine effektive Wirtschaft bekannt ist); in diesem Sinne wären z. B. konkrete Vorschläge zu kommunalem, Länder-, Bundes- oder auch Belegschaftseigentum zu unterbreiten, ist für die Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte einzutreten.

Für das Parteiverständnis ergibt sich aus den o. g. zwei Aspekten: Die Partei kann nicht, darf nicht Selbstzweck, »für sich selbst« da sein. Sie muss die Menschen – vor allem die Werktätigen – bewegende Inhalte vertreten.

Die Politik der Partei muss noch über Parlamente vermittelt werden. Die Partei muss also um Parlamentssitze ringen. Da das parlamentarische System hierarchisch gegliedert ist (Kommunen, Kreise, Länder, Bund) und über Wahlkämpfe »funktioniert«, muss sie wohl eine Partei im herkömmlichen Sinne – eine Organisation mit entsprechenden hierarchischen Strukturen – sein und folglich ein hauptamtlichen Apparat haben. Dieser birgt aber immer bürokratische Tendenzen, d. h. die Gefahr der Entfremdung gegenüber den Mitgliedern und den eigentlichen Anliegen der Partei, in sich.

Jedoch kann sich Politik nicht mehr nur auf parlamentarisches Wirken reduzieren, und die Partei darf deshalb nicht eine Partei alter Art – allein auf Wahl- und damit Machtkämpfe ausgerichtet (wie z. B. die SPD und die anderen großen Parteien) – sein. Sie muss parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit eng verzahnen. Als Partei kann sie nicht nur Mittler zwischen Staat und Gesellschaft sein, nicht nur – wie die SPD es will – Initiativen aus dem Bürgerdialog für die eigene parlamentarische, staatliche Arbeit schöpfen. Sie muss auch außerhalb der Parlamente *zum einen* selbst aktiv an Bürgerbewegungen und -initiativen teilnehmen, in den Gewerkschaften konstruktiv mitarbeiten, also Teil der gesellschaftlichen und der Bürgerbewegungen sein. Sie sollte *zum anderen* für diese Bewegungen streiten, dafür, dass ihnen bei staatlichen Entscheidungen – in- und außerhalb der Parlamente – Sitz und Stimme eingeräumt werden. Und sie müsste *drittens* selbst Bewegung sein, d. h.: die Menschen bewegende Inhalte vertreten und sich selbst ständig bewegen, nicht zuletzt auch, um den Gefahren der inneren Verkrustung als Partei zu begegnen. Wie ist das zu schaffen? Hier stehen wir vor offenen Fragen: Wie die Politik der Partei von unten bestimmen? Wie die hierarchischen Strukturen, besonders den

hauptamtlichen Apparat, beweglich, durchschaubar, offen gestalten? Wie ihn ständig erneuern, sowohl personell als auch die Inhalte und Formen seiner Arbeit betreffend? Kann man ihn ausschließlich auf ehrenamtliche Arbeit aufbauen? Kann er dann – und wie kann er es dann – funktionieren? Wie kann der hauptamtliche Apparat (er muss es!) in den Dienst der Basisgruppen, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften gestellt werden?

Wie sind die hierarchischen Strukturen sinnvoll mit den horizontalen – den Arbeits- und Interessengemeinschaften – zu verbinden? Wie sind die Basisgruppen für die Interessengemeinschaften zu öffnen und umgekehrt? Wie beständig sind die AG und IG, ihre Vorstände, Sprecherräte? Sind sie politikfähig, also in der Lage, wirksam Interessen der Bürger, der Werktätigen zu vertreten? Oder beschäftigen sie sich vorwiegend mit sich selbst, und welchen Sinn hat dann ihr Wirken?

Sind/werden die territorialen Basisorganisationen ein »bewegendes« Strukturelement der Partei? Sind sie ein guter Rahmen für die Begegnung von Marxisten, Christen und Vertretern anderer Weltanschauungen? Was bewegen sie in den Territorien? Wie öffnen sie sich für Nichtparteimitglieder der PDS?

Wie beweglich sind unsere Parlamentsfraktionen auf allen Ebenen? Werden sie – und wie – von den AG, IG, Basisgruppen stimuliert? Wie erweitern sie ihre Kompetenz? Arbeiten z. B. ihre Wirtschaftsexperten mit den AG Betriebe/Gewerkschaften zusammen? Wie breit beziehen die Fraktionen ehrenamtliche Mitarbeit von PDS-Mitgliedern und Parteilosern ein?

Welche politische Verantwortung kommt den Vorständen auf allen Ebenen zu?

Welche Verantwortung trägt jede/r Genossin/e? Eine bewegende und bewegte Partei zu sein, heißt doch vor allem: Jede/r Einzelne muss sich bewegen!<sup>2</sup>

## II

*Initiativtreffen zum Parteiverständnis: Werden wir eine bewegte und eine bewegende Partei?*

Um diese Frage ging es beim Gespräch am 10. November in der Oberwasserstr. 12, zu dem die Berliner Initiative Erneuerung der PDS eingeladen hatte. Es nahmen VertreterInnen verschiedener Initiativgruppen aus Berlin-Ost, aus Dresden, Brandenburg, Erkner, Kleinmachnow, der AG ChristInnen, Junge GenossInnen, Betriebe, eine Ost-Berliner Stadtverordnete und ein ehrenamtliches Parteivorstandsmitglied sowie zwei WestberlinerInnen teil. Es war leider, trotz ausdrücklicher Einladung, kein einziger Vertreter eines Kreisvorstandes dabei, obwohl gerade diesem Gremium eine Schlüsselrolle zukommt, wenn die PDS von unten auf und in aller Breite eine neue Partei werden soll. Die Diskussion war gewinnbringend, da es um Inhalte ging, die in Vorbereitung auf den 2. Parteitag der PDS mit im Vordergrund stehen werden: Es ging um das neue Parteiverständnis.

Die Runde war sich einig: Die Partei kann/darf nicht Selbstzweck, also für sich selbst da sein. Sie muss mit ihren Inhalten Interessen der Menschen vertreten. Und das sind – darin stimmten ebenfalls

<sup>2</sup> gez. Dr. Ulla Plener, in: DISPUT – WAS UND WIE? Zeitschrift der Partei des Demokratischen Sozialismus, 2. Dez.-Heft 1990, S. 17-19.

alle überein – vor allem die Friedenssicherung durch Abrüstung, der umfassende Umweltschutz, die Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie aller Völker bzw. Nationalitäten, sowie die sozialen Interessen aller Arbeitenden in ihrer neuen Vielfalt. Es müssen Formen gefunden und praktiziert werden, die die Partei für diese Interessen nach innen und nach außen offen halten. Vereinzelt in der Diskussion geäußerte Gedanken, deshalb wieder eine »Massenpartei« werden zu müssen und die Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«, wenn auch anders als in der Vergangenheit, also unter Betonung des Demokratischen, zu praktizieren, fanden keinen Anklang. Die Partei müsse stattdessen – den gegebenen verfassungsrechtlichen Bedingungen entsprechend – an Wahlkämpfen einfallreich teilnehmen, in Parlamenten konstruktiv wirken, zugleich in Bürgerbewegungen und für diese tätig sein, und – sie muss selbst Bewegung werden. Aber was heißt das konkret, und wie ist das zu erreichen?

Holger Keller von der AG ChristInnen in der PDS bezweifelte, dass es möglich sein werde, über eine doppelte, mehr oder weniger nebeneinander existierende Struktur (die hierarchische, über territoriale Basisgruppen und Vorstände auf Kreis-, Landes- und Bundesebene aufgebaute, und die horizontale, von den Arbeits- und Interessengemeinschaften vertretene) »Partei und Bewegung in einem« zu sein. Sowohl das Parteiengesetz als auch die vorliegenden Erfahrungen der Partei DIE GRÜNEN wie auch die der PDS selbst sprächen dagegen. Bewegung könnte sie nur sein, indem sie die heute bewegenden Inhalte vertritt, und diesen entsprechend müsste auch der Parteiapparat gegliedert sein.

In der Diskussion wurden diese Gedanken aufgegriffen und weiterentwickelt. Es ging vor allem um drei Fragen: 1. Wie ist der hauptamtliche Parteiapparat so zu gestalten, dass die Politikinhalt der Partei von den Mitgliedern und nicht von diesem Apparat bestimmt werden? Wie sind seine buchstäbliche Beweglichkeit und seine ständige Erneuerung zu gewährleisten? 2. Wie kann das Zusammenwirken von territorialen Basisgruppen und Interessen- sowie Arbeitsgemeinschaften erreicht werden? Wie ist dadurch die notwendige Offenheit der Partei nach innen und außen und die wirksame Beförderung ihrer Politikinhalt im Sinne der Interessenvertretung der Bürger zu sichern? 3. Welche Verantwortung kommt den Vorständen zu, um das unter 1. und 2. Gefragte zu verwirklichen?<sup>3</sup>

Die Basisgruppen seien wohl heute noch in vielen Fällen ein konservatives Element in der Partei, aber das müsse nicht so bleiben. Ihre Vorteile: Hier treffen verschiedene soziale (»vom Arbeiter bis zum Professor«) und geistige (Marxisten, Christen, historisch und theoretisch oder an sehr konkreten Dingen Interessierte) Interessen aufeinander. Das kann und muss für die Partei selbst und für ihre Öffnung nach außen – für die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung – fruchtbar gemacht werden. Voraussetzung ist, dass jeder, jedenfalls möglichst viele Basisgruppenmitglieder sich in diesem Sinne wirklich bewegen.

Die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften und territorialen Basisgruppen sollten sich offen halten, gegenseitig mehr aufeinander zugehen und zusammen konkrete Dinge in Territorien anpacken.

3 gez. Ulla Plener, Berlin-Mitte, in: Berliner Linke, 47. Woche (November) 1990, S. 5. Der folgende letzte Teil in: Berliner Linke, 49. Woche (November) 1990, S. 5.

Es gibt schon gute Beispiele einer inhaltsreichen und politisch wirksamen Arbeit, zum Beispiel dort, wo sich Interessengemeinschaften im Rahmen mehrerer territorialer Basisgruppen eines Kietzes gebildet haben, so in Pankow und in Lichtenberg. Gleichermäßen wichtig ist auch das Zusammenwirken von Basisgruppen (auf kommunaler Ebene) und/oder von Interessen- und Arbeitsgemeinschaften mit den Parlamentsfraktionen der Partei auf den verschiedenen Ebenen (zum Beispiel der Abgeordneten, die in Wirtschaftsausschüssen arbeiten, mit den Arbeitsgemeinschaften Betriebe/Gewerkschaften). Das würde ihre Fachkompetenz und Bodenständigkeit erhöhen.

Die Verantwortung der Vorstände wurde u. a. darin gesehen, das Offenhalten und Zusammenwirken der strukturellen Gliederungen, ihren Dialog zu organisieren und das kontinuierlich und dauerhaft zu gestalten. Ein konkreter Vorschlag dazu: periodisch Runde Tische der jeweiligen Vorstände mit Vertretern der Basisgruppen und der Arbeits- und Interessengemeinschaften einberufen, die zu einem Zentrum der jeweiligen Ebene werden könnten, um Transparenz der Vorstandsarbeit zu gewährleisten, für die Begegnung der Basisgruppen und Arbeitsgemeinschaften zu sorgen, verschiedene inhaltliche Schwerpunkte (Programmfragen, Arbeit der Parlamentsfraktionen, Betriebs-, Jugend-, Frauen-, Ausländerprobleme) zu erörtern, den Erfahrungsaustausch zu fördern – also die Arbeit der Partei inhaltsreich und bewegend zu gestalten. Partei und Bewegung sein – so ließe sich die Diskussion in einem Satz zusammenfassen – heißt vor allem: Jede Genossin und jeder Genosse, ob Mitglied eines Vorstandes oder nicht, ob mit Funktion oder ohne, ob in Basisgruppe oder einer AG vorwiegend tätig, muss sich bewegen – an Diskussionen und konkreten Vorhaben teilnehmen im Sinne des Hauptanliegens der Partei – gemeinsam mit den Menschen, den Bürgern, den Arbeitenden und für sie etwas Gutes zu tun.